



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinde- und des Stadtrates, die Medienvertretenden und die Gäste zur neunten und letzten Sitzung des Langenthaler Parlaments im Jahre 2014.

Die Welt, die Schweiz und Langenthal hätten sich seit dem 30. November 2014 zwar nicht grundlegend verändert, aber immerhin hätten die nationalen als auch kommunalen Abstimmungen Klarheit über das weitere Vorgehen gebracht. Das Budget 2015 der Stadt Langenthal sei genehmigt worden, die Industriellen Betriebe werden in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und das Stadttheater könne saniert werden. Im intensiven aber fair geführten Abstimmungskampf habe sich der Stimmbürger eine Meinung bilden können. Er persönlich bedanke sich bei all jenen, die mitgeholfen haben, dass die Stadt Langenthal jetzt nach vorne blicken könne. Natürlich seien in Zukunft noch weitere Schritte notwendig. Seit der 1150 Jahr-Feier der Stadt Langenthal sei jedoch allen bekannt: *"Heute ist gestern und morgen!"*.

Das Protokoll der Sitzung vom 17. November 2014 liege vor und könne online eingesehen werden. Unter Verdankung für dessen Verfassung erteile er der Protokollführerin das Wort zum **Appell**:

- **36** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.¹
 - **2** Mitglieder des Stadtrates sind entschuldigt abwesend.
- **6** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.²

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Das absolute Mehr an Stimmen zum Zeitpunkt des Appells betrage 19.

Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenaufgabe sei vorschriftsgemäss erfolgt und Bemerkungen zur Traktandenliste seien keine angemeldet oder vorliegend.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind 36 Stadratsmitglieder anwesend. Ab 18.21 Uhr (Traktandum Nr. 3) sind 37 Stadratsmitglieder, ab 18.28 Uhr (Traktandum Nr. 4) sind 38 Stadratsmitglieder anwesend.

² Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind 6 Gemeinderatsmitglieder anwesend. Ab 18.28 Uhr sind 7 Gemeinderatsmitglieder anwesend.



1. Verwendung des Ratskredits 2014

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

FDP/jll/BDP-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Die FDP/jll/BDP-Fraktion schlägt vor, den Ratskredit 2014 für eine Institution zu verwenden, die sich für Menschen einsetze, die es im Leben etwas weniger einfach haben, als alle im Ratssaal Anwesenden. Diese Institution ermögliche es Leuten mit einem Handicap, sich gleichwohl sportlich betätigen zu können. Für Menschen mit einer Behinderung müsse es selbstverständlich genau gleich oder noch wichtiger sein, regelmässig Sport treiben zu können. Die FDP/jll/BDP-Fraktion schlägt deshalb vor, Procap-Sport Langenthal-Huttwil, mit Sitz in Langenthal mit dem Ratskredit 2014 zu beehren.

Unter der Leitung der Präsidentin Brigitta Müller werden von Procap-Sport – je nach Jahreszeit in Aarwangen oder Langenthal – Schwimmkurse angeboten. Es werden auch Turn-Kurse, Unihockey-Trainings und Nordic Walking angeboten. Die rund 70 Mitglieder haben dieses Jahr am Feuerwehrmarsch in Langenthal, am Schwimmtag in Herzogenbuchsee, am Sporttag in Tenero, am Behindertensporttag in Grezenbach und an drei auswärtigen Unihockey-Turnieren teilgenommen. Bereits zum siebten Mal sei der Unihockey-Anlass im Rahmen der Special Olympics in Langenthal selber organisiert worden.

Neben der Vereinsführung und den sportlichen Aktivitäten stelle die Organisation des Fahrdienstes ihrer Mitglieder zu den Trainings und zu den Wettkämpfen für den sechsköpfigen Vorstand (mit drei handicapierten Mitgliedern) eine grosse Herausforderung dar. Die FDP/jll/BDP-Fraktion wolle ein Zeichen der Verbundenheit mit den Betroffenen setzen und setze den Ratskredit 2014 zu Gunsten von Procap-Sport ein.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Der Vergabe des Ratskredits 2014 im Betrag von Fr. 1'000.00 an Procap-Sport, Langenthal-Huttwil, 4900 Langenthal (Postkonto: 49-3160-7/IBAN-Nr: CH23 0900 0000 4900 3160 7) wird zugestimmt.**
- 2. Das Büro des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



2. Wahl des Büros des Stadtrates für das Jahr 2015

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Markus Bösigler (FDP) bittet die Stadtratsfraktionen im Sinne von Art. 11 der Geschäftsordnung des Stadtrates um Wahlvorschläge zur personellen Besetzung des Stadtratsbüros 2015.

III Abstimmung:

a. Wahl des Präsidiums

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP) schlägt **Helena Morgenthaler**, Hauswirtschaftslehrerin (SVP), zur Wahl als Stadtratspräsidentin 2015 vor.

Im Namen der SVP-Fraktion sei es ihm eine grosse Freude, Helena Morgenthaler als Kandidatin für das Stadtratspräsidium des Jahres 2015 vorstellen zu dürfen. Es wäre Wasser in den Bach getragen, über Helena Morgenthaler viele Worte zu verlieren, da sie allen bereits bekannt gewesen sei, bevor sie dieses Jahr schon das Amt der Vize-Stadtratspräsidentin des Stadtrates bekleidet habe.

Der guten Ordnung halber, gebe er folgende Eckpunkte zu Helena Morgenthaler bekannt: Helena Morgenthaler, 56 Jahre alt, sei seit 15 Jahren in Langenthal wohnhaft. Ursprünglich komme Helena Morgenthaler aus dem Aargau, was ab und zu an ihrem Dialekt erkennbar sei. Im Übrigen sei Helena Morgenthaler eine waschechte Langenthalerin. Helena Morgenthaler sei Mutter einer Tochter: Ursula. Er finde es ausserordentlich erfreulich, dass Ursula am heutigen Abend ebenfalls anwesend sei und Solidarität mit ihrer Mutter bekunde.

Helena Morgenthaler unterrichte an diversen Schulen das Fach Hauswirtschaft. Sie habe Erfahrungen in einer Gemeindeverwaltung sammeln können. Zudem amte sie, was nicht unwesentlich sei, als Laienrichterin in Burgdorf, wo sie schwierige Straffälle mitbeurteile. Helena Morgenthaler kenne das Staatswesen von verschiedenen Seiten her: Als Stadträtin, von Seiten der Justiz oder durch ihre Arbeit in verschiedenen Kommissionen (Kommission für öffentliche Sicherheit; Geschäftsprüfungskommission; Sozialkommission). Dem Stadtrat gehöre Helena Morgenthaler seit dem Jahre 2004 an, worin sie sich mit Sachpolitik in Szene setze und sich für wichtige Themen engagiere (Fragen zur Sicherheit, Fragen zum richtigen Tempo auf der Strasse [Jurastrasse], Fragen des Wochenmarktes). Helena Morgenthaler sei nicht um ihrer selbst willen tätig, sondern ihr gehe es immer um die Sache.

Helena Morgenthaler sei übrigens auch Offizier der Schweizer Armee, was aber nicht heisse, dass sie die Stadtratssitzungen im nächsten Jahr allzu autoritär führen werde. Helena Morgenthaler sei bereits Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission und auch Präsidentin der SVP-Fraktion gewesen. Sie habe diese Ämter immer bestimmt aber nicht autoritär geführt.

Helena Morgenthaler gehe es immer um die Sache und um die Gemeinschaft. Sie sei davon überzeugt, dass wer etwas für die Gemeinschaft tue, dafür – wenn auch nicht sofort, aber irgendwann – etwas zurückerhalte, was dem Gesagten von John F. Kennedy entspreche (Zitat:) *"Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern frage, was du für dein Land tun kannst!"*

Er habe Helena Morgenthaler gefragt, ob sie ihr Präsidialjahr unter ein Motto stellen wolle und habe darauf die berndeutsche Antwort erhalten: *"Wenn's grad nicht gut geit, düre und witer!"*. Die SVP-Fraktion sei fest davon überzeugt, dass Helena Morgenthaler das Amt als Stadtratspräsidentin tadellos führen werde, wie sie das bisher in all ihren politischen Ämtern ebenfalls mache und gemacht habe.

Stadtratspräsident Markus Bösigler (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe:



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 15. Dezember 2014

- **Helena Morgenthaler, Hauswirtschaftslehrerin (SVP) wird in offener Wahl mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zur Stadtratspräsidentin für das Jahr 2015 gewählt.**

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) gratuliert Helena Morgenthaler im Namen des Stadtrates mit der Übergabe eines Blumenstrausses zur Wahl.

(Applaus)

Helena Morgenthaler (SVP) dankt dem Parlament für die Wahl, die sie sehr gerne annehme. Sie sei erfreut und gerührt zur Langenthaler Stadtratspräsidentin 2015 gewählt worden zu sei. Das Amt bedeute für sie und ihre Tochter Ursula eine sehr grosse Ehre. Sie danke den Damen und Herren Stadträte für das ihr damit entgegengebrachte Vertrauen und verspreche, das Amt mit bestem Wissen und Gewissen auszuführen.

b. Wahl des Vizepräsidentiums

- **SP/GL-Fraktion, Renato Baumgartner (SP) schlägt Bernhard Marti, Jurist (MLaw) (SP), zur Wahl als Stadtrats-Vizepräsidenten 2015 vor.**

Im Namen der SP/GL-Fraktion freue er sich, Bernhard Marti für den Posten des Vize-Stadtratspräsidentiums 2015 vorschlagen zu dürfen. Bernhard Marti sei sicherlich allen bekannt. Er sei seit dem Jahr 2010 Mitglied des Stadtrates und habe in den letzten zwei Jahren die Geschäftsprüfungskommission präsidiert.

Der im Jahre 1985 in Langenthal geborene Bernhard Marti habe vom vielfältigen Schulangebot der Stadt profitieren können. Bernhard Marti habe sich nach der Matura auf den Weg gemacht, Rechtswissenschaft zu studieren. Nach dem Bachelor of Law und dem Master of Law habe Bernhard Marti im Jahr 2013 das bernische Anwaltspatent entgegen nehmen dürfen. Bernhard Marti setze seine Ausbildung täglich als Rechtsanwalt bei einer führenden Rechtsschutzversicherung ein und amte als Fachrichter Mietrecht bei der Schlichtungsbehörde Bern-Mittelland.

Politisch sei er früher in der Sozialkommission tätig gewesen und seit dem Jahre 2011 sei er Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

Falls Beruf und Politik es zulassen, widme sich Bernhard Marti sehr gerne dem Velofahren, dem Vespa-Fahren und engagiere sich aktiv in einer Langenthaler Guggenmusik. Die SP/GL-Fraktion würde sich sehr über die Unterstützung des Wahlvorschlages freuen.

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe:

- **Bernhard Marti, Jurist (MLaw) (SP) wird in offener Wahl mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen) zum Vizestadtratspräsidenten für das Jahr 2015 gewählt.**

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) gratuliert Bernhard Marti im Namen des Stadtrates herzlich zur Wahl.

(Applaus)



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 15. Dezember 2014

c. Wahl der Stimmzählenden

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) schlägt vor, die beiden zu wählenden Stimmzählerinnen bzw. Stimmzähler **in offener Wahl, in globo zu wählen.**

■ **Dem Vorschlag, die Stimmzählenden in globo zu wählen, wird schweigend zugestimmt.**

EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP) schlägt **Rahel Lanz**, Kauffrau mit Berufsmaturität/Studentin Soziale Arbeit Berner Fachhochschule (EVP) zur Wahl als Stimmzählerin vor.

Rahel Lanz amtiere seit zwei Jahren im Stadtrat und könne bereits auf vielseitige andere Erfahrungen zurückgreifen. Seit Sommer 2014 sei sie Mitglied der Volksschulkommission.

Rahel Lanz studiere zur Zeit Sozialarbeit und sei auch im Projekt SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) tätig. Privat sei Rahel Lanz gerne mit Freunden in der Natur unterwegs und betätige sich auch immer wieder sportlich.

FDP/jll/BDP-Fraktion, Beatrice Lüthi (FDP) schlägt **Silvia Grimm-Berchtold**, Kauffrau/Familienfrau (BDP), zur Wahl als Stimmzählerin vor.

Silvia Grimm-Berchtold sei bekannterweise keine Frau der lauten Töne, weshalb diese auch keine langen Reden über sich wünsche. Die FDP/jll/BDP-Fraktion denke, dass Silvia Grimm-Berchtold als Mutter von zwei Söhnen, als Mitglied der Volksschulkommission und als kaufmännisch ausgebildete Person, sehr wohl richtig zu zählen wisse und dass sie bei allfälligen Irrungen und Wirrungen einen ruhigen Kopf behalten werde.

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Abgabe der Stimmen zu beiden Stimmzählerinnen in globo:

■ **Rahel Lanz**, Kauffrau mit Berufsmaturität/Studentin Soziale Arbeit Berner Fachhochschule (EVP) und

■ **Silvia Grimm-Berchtold**, Kauffrau/Familienfrau (BDP)

werden in offener Wahl, in globo, mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zu Stimmzählerinnen des Stadtrates für das Jahr 2015 gewählt.

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) gratuliert den Mitgliedern des Stadtratsbüros 2015 herzlich zur Wahl und wünscht ihnen viel Glück und Freude an ihrer Arbeit.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



3. Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums der Geschäftsprüfungskommission für die Jahre 2015 und 2016

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadratspräsident Markus Bösiger (FDP) bittet die Stadtratsfraktionen im Sinne Art. 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates um Wahlvorschläge zur personellen Besetzung des Präsidiums und des Vizepräsidiums der Geschäftsprüfungskommission für die Jahre 2015 und 2016.

III Abstimmung:

■ Wahl des Präsidiums

EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP) schlägt **Ruth Trachsel**, dipl. Pflegefachfrau HF (EVP), zur Wahl als Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission für die Jahre 2015 und 2016 vor.

Ruth Trachsel engagiere sich seit zwei Jahren als Vizepräsidentin der Geschäftsprüfungskommission und habe sich dabei ein fundiertes und grosses Know-how angeeignet. Die EVP/glp-Fraktion sei davon überzeugt, dass Ruth Trachsel das neue Amt verantwortungsvoll, kompetent und verlässlich ausführen werde.

Beruflich wirke Ruth Trachsel im SRO Langenthal als Berufsbildungsverantwortliche. Ihre beruflichen Führungskompetenzen werde Ruth Trachsel auch in die Geschäftsprüfungskommission fundiert und überzeugend einbringen können. Privat sei Ruth Trachsel sehr gerne wandernd in der Natur unterwegs. Sie koche und lese auch sehr gerne.

Stadratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe:

■ **Ruth Trachsel**, dipl. Pflegefachfrau HF (EVP) **wird in offener Wahl mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zur Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission für die Jahre 2015 und 2016 gewählt.**

■ Wahl des Vizepräsidiums

SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP) schlägt **Patrick Freudiger**, Rechtsanwalt (SVP), zur Wahl als Vizepräsidenten der Geschäftsprüfungskommission für die Jahre 2015 und 2016 vor.

Obwohl Patrick Freudiger erst dreissig Jahre alt sei, könne er bereits als Urgestein der Langenthaler Politik bezeichnet werden. Patrick Freudiger habe durch seine Wahl im Jahr 2005 als jüngstes Mitglied des Stadtrates den Weg ins Parlament schon sehr früh gefunden. Seit dem Jahr 2010 amte er zudem als Präsident der SVP-Fraktion. In den Legislaturperioden 2005-2008 und 2009-2012 sei Patrick Freudiger als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit tätig gewesen. In der laufenden Legislaturperiode (2013-2016) sei dieser ein Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

Am 30. März 2014 sei Patrick Freudiger mit einem sehr guten Resultat in den bernischen Grossen Rat gewählt worden, worin er die Interessen der SVP auch in der wichtigen Justizkommission vertrete. Die Geschäftsprüfungskommission werde deshalb nicht nur vom politischen, sondern auch vom beruflichen Hintergrund von Patrick Freudiger profitieren können. Patrick Freudiger sei Rechtsanwalt und arbeite an einer Dissertation zum Thema "Verwaltungsprivatrecht", was eine optimale Voraussetzung für die Arbeit in der Geschäftsprüfungskommission sei.

Patrick Freudiger werde sein volles politisches Engagement in die Funktion einbringen und den Gemeinderat und die Verwaltung kritisch begleiten.



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 15. Dezember 2014

Stadratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe:

- **Patrick Freudiger, Rechtsanwalt (SVP) wird in offener Wahl mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zum Vizepräsidenten der Geschäftsprüfungskommission für die Jahre 2015 und 2016 gewählt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4. **Motion Dietrich Pascal, Felber Lukas (beide jll), Marti Bernhard (SP), Lanz Rahel (EVP), Burlon Ralph (SVP), Moser Martina (SP), Zurlinden Urs (FDP), Steiner-Brütsch Daniel (EVP), Baumgartner Renato (SP), Gfeller Markus (FDP), Bayard Paul (SP), Moser Peter (FDP), Köhli Samuel (SP), Colicchio Umberto (BDP), Trachsel Ruth (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Oktober 2014: Provisorische Öffnung der "Alten Mühle"; Stellungnahme**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Die Anzahl der Motionärinnen und Motionäre zeige das grosse Interesse am Thema.

Der Gemeinderat beantrage den Vorstoss als Motion mit Richtliniencharakter zu qualifizieren und diese erheblich zu erklären.

Seit Mitte September sei definitiv bekannt, dass die Bestrebungen der Stiftung, nach Lösungen zu suchen, um mit den bisherigen Regelungen mögliche Vertragspartner im Zusammenhang mit der Gastronomie zu finden, gescheitert seien. Der Gemeinderat habe ab diesem Zeitpunkt die Initiative ergriffen und sich mit verschiedenen Szenarien auseinandergesetzt (kurzfristiges Szenario, mittel- und langfristiges Szenario). Das mittel- und langfristige Szenario werde anlässlich des am nächsten Donnerstag stattfindenden "runden Tisches" besprochen.

Die Motion fordere eine kurzfristige Lösung und beinhalte den Punkt, dass die Alte Mühle möglichst rasch provisorisch wieder eröffnet werden soll. Der Gemeinderat habe bereits vor der Einreichung der Motion die Ausarbeitung eines entsprechenden Projektes in Auftrag gegeben. Unter Einbezug der Verwaltungsleitung, die sich eingehend mit der Thematik auseinandergesetzt habe, sei ein Bericht und Antrag erstellt worden, der vom Gemeinderat am 10. Dezember 2014 verabschiedet worden sei. Der Bericht und Antrag beinhalte unter anderem, dass die Alte Mühle ab Anfang Februar 2015 für die Gratisnutzung wieder eröffnet werden soll, indem bestimmte geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Die Entgegennahme von Reservationen entsprechenden Reservationen dafür könne durch den Einwohnerschalter der Stadt erfolgen. Die für die Gratisnutzung erforderlichen Öffnungszeiten seien festgelegt worden: Montag bis Donnerstag jeweils ab Mittag bis 22.30 Uhr; Freitag ab Mittag bis 18.30 Uhr. Während der Öffnungszeiten werde kein Gastronomieservice angeboten, was jedoch nicht heisse, dass der Ausschank von Mineralwasser nicht organisiert werden könnte. Während der Gratisnutzung sei immer eine Ansprechperson im Hause präsent.

Diese vom Gemeinderat verabschiedeten Rahmenvorgaben für die Gratisnutzung seien für die Stadt nicht zum Nulltarif erhältlich, sie würden sich aber innerhalb des Kompetenzbereiches des Gemeinderates bewegen. Trotz der Annahme, dass es sich dabei nicht um einen Dauerzustand sondern um einen provisorischen Zustand handle, könne die Dauer der Lösung noch nicht abgeschätzt werden. Die Dauer hänge auch davon ab, was sich aus der Diskussion der Szenarien am "runden Tisch" ergeben werde und inwiefern sich politisch eine Meinung finden lasse, um sich auf eine mittel- und langfristige Strategie konzentrieren zu können.

Aus Sicht des Gemeinderates könnte der Vorstoss eigentlich abgeschrieben werden. Da der Entscheid des Gemeinderates zum Thema "kurzfristige Übergangslösung zur Ermöglichung der Gratisnutzung" am 10. Dezember 2014 und damit nach dem Versand der Stadtratsakten für die heutige Sitzung (spediert mit A-Post am 2. Dezember 2014) gefasst worden sei, sei der Antrag zur Abschreibung aber nicht Teil des gemeinderätlichen Beschlussesentwurfs vom 12. November 2014 zur vorliegenden Motion.



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 15. Dezember 2014

Motionär Pascal Dietrich (JL): Dass das Thema so gut herausgekommen sei, sei für die Motionärinnen und Motionäre natürlich erfreulich. Erfreulich seien auch die Haltung und die Bemühungen des Gemeinderates, so dass die Motion eigentlich schon Anfang Februar 2015 umgesetzt werden könne.

Im Namen der Motionärinnen und Motionäre erkläre er sich auch mit der Qualifizierung des Vorstosses als Motion mit Richtliniencharakter einverstanden, zumal es ja tatsächlich darum gehe, eine Übergangslösung zu installieren. Am "runden Tisch" werden längerfristige Lösungen aufgezeigt werden können.

Zur Erinnerung halte er fest, dass die Alte Mühle für die Vereine und für die Bevölkerung der Stadt Langenthal wichtig sei. Wichtig sei auch, dass das anlässlich der Abstimmung über den Sanierungskredit im Dezember 1992 an die Vereine und an die Bevölkerung der Stadt Langenthal abgegebene Versprechen nicht in Vergessenheit geraten sei, indem das Versprechen mit der aufgleisten Lösung wieder erfüllt werden könne.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- I. **Die Motion Dietrich Pascal, Felber Lukas (beide JL), Marti Bernhard (SP), Lanz Rahel (EVP), Burlon Ralph (SVP), Moser Martina (SP), Zurlinden Urs (FDP), Steiner-Brütsch Daniel (EVP), Baumgartner Renato (SP), Gfeller Markus (FDP), Bayard Paul (SP), Moser Peter (FDP), Köhli Samuel (SP), Colicchio Umberto (BDP), Trachsel Ruth (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Oktober 2014: Provisorische Öffnung der "Alten Mühle" wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- II. **1. Die Motion Dietrich Pascal, Felber Lukas (beide JL), Marti Bernhard (SP), Lanz Rahel (EVP), Burlon Ralph (SVP), Moser Martina (SP), Zurlinden Urs (FDP), Steiner-Brütsch Daniel (EVP), Baumgartner Renato (SP), Gfeller Markus (FDP), Bayard Paul (SP), Moser Peter (FDP), Köhli Samuel (SP), Colicchio Umberto (BDP), Trachsel Ruth (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Oktober 2014: Provisorische Öffnung der "Alten Mühle" wird erheblich erklärt.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 15. Dezember 2014

5. Interpellation Burlon Ralph, Morgenthaler Helena (beide SVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Oktober 2014 betreffend: altes Werkhof-Areal; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Keine Beratung.

III Abstimmung: keine

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 12. Novemberr 2014 zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



6. Verwaltungsbesuch der Geschäftsprüfungskommission 2014, Rückblick; Information

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Bernhard Marti, GPK-Präsident: Die Geschäftsprüfungskommission übe im Auftrag des Stadtrates die Oberaufsicht über die Verwaltung aus. Diesem Auftrag habe sich die Geschäftsprüfungskommission am 30. Oktober 2014 gewidmet. Im Rahmen des jährlichen Verwaltungsbesuches habe sich die Geschäftsprüfungskommission einen Einblick in die Tätigkeiten des Amtes für öffentlichen Sicherheit (AföS) der Stadt Langenthal verschafft.

Der Verwaltungsbesuch sei im alten Zeughaus an der Bleienbachstrasse gestartet worden, wo eine Führung durch die Werkstatt, die Büros und durch die Lagerräume der Polizeiwerkstatt sowie des Zivilschutzes stattgefunden habe. Die vorhandene Infrastruktur ermögliche es den Mitarbeitenden, sich bestens in ihren Tätigkeitsbereichen zu entfalten. Der im alten Zeughaus herrschende Taten- und Innovationsdrang sei förmlich spürbar.

Im Anschluss daran habe sich der ganze Tross in den Ortskommandoposten Hard begeben. Dort habe der Vorsteher des AföS, Andreas Ryf, sein Amt präsentiert. Nebst 24 Mitarbeitenden und zwei bis drei Lernenden gehören zirka 540 Personen des Zivilschutzes und zirka 140 Personen der Feuerwehr zum AföS. Diesen vielen Mitarbeitenden entsprechend, sei auch der Aufgabenbereich des Amtes weit grösser, als man sich spontan unter öffentlicher Sicherheit vorzustellen vermöge.

Luis Gomez habe über den Bereich der Einwohnerdienste informiert und gestellte Fragen beantwortet. Der Einwohnerschalter, der sich seit etwas mehr als einem Jahr in Betrieb befinde, habe sich gut bewährt. Speziell mit den verlängerten Öffnungszeiten könne der Langenthaler Bevölkerung ein zusätzlicher Service geboten werden. Der Geschäftsprüfungskommission sei aufgefallen, dass das Einzugsgebiet des Krematoriums nebst den Berner Ämtern Wangen, Aarwangen und Trachselwald auch das Luzerner Hinterland und das Amt Zofingen umfasse.

Der Fachbereich Polizeiinspektorat sei von Andreas Schulthess präsentiert worden. Ausser der Amts- und Vollzugshilfe (beispielsweise eine Wegweisung aufgrund einer Exmission) umfasse das Polizeiinspektorat Aufgaben der Marktpolizei, der Hundekontrolle, des Tierschutzes, des Fundbüros, der Signalisation- und Strassenmarkierungen, des Unterhalts der Parkuhren, der Gewerbe- und Gastgewerbepolizei, des Einbürgerungswesens und Vieles mehr, wie beispielsweise die Kontrolle des ruhenden Verkehrs, wofür jährlich 1'200 Stunden bei der Securitas eingekauft werden.

Der Kommandant der Zivilschutzregion Langenthal, Urs Ammann, habe über die grundsätzliche Bedeutung des Zivilschutzes, über die Struktur des regionalen Zivilschutzes aber auch über deren Finanzierung - mittels eines abgestuften Beitragsmodells pro Einwohner - informiert.

Die Geschäftsprüfungskommission habe den Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei als Schwerpunktthema festgelegt. Die Stadt Langenthal verfüge seit dem Jahre 2010 über einen Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei. Damit habe sich Langenthal gegen den Leistungseinkauf und gegen die Möglichkeit entschieden, gar keinen Vertrag abzuschliessen. Der Ressourcenvertrag regle rund 150 Themen und erfasse die einzelnen Aufgaben. Die Stadt Langenthal bzw. das AföS könne über Wochenrapporte, Quartalsgespräche aber auch über Brennpunktsteuerungen ihr Mitspracherecht situationsbezogen auf die Tätigkeit der Kantonspolizei ausüben. So werde die Polizeipräsenz beispielsweise an Freitag Abenden oder am Brennpunkt Bahnhof verstärkt. Gemäss der Abrechnung des Jahres 2013 der Kantonspolizei, seien 8'174 Stunden Einsatz in und für Langenthal geleistet worden. Gut die Hälfte der Stunden seien in den präventiven Bereich und damit in die Präsenz gefallen. Die Auflösung des Ressourcenvertrages hätte zur Folge, dass die Stadt keine Steuerungsmöglichkeiten mehr hätte und zudem mit höheren Kosten rechnen müsste.



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 15. Dezember 2014

Im Bereich des Einbürgerungswesens habe die Geschäftsprüfungskommission einen Einblick in die Statistik und in die Einbürgerungspraxis erhalten. Die Geschäftsprüfungskommission habe festgestellt, dass Langenthal im Vergleich mit anderen Gemeinden schon immer eine eher strenge Linie gefahren sei.

Alle vorab eingereichten Fragen, aber auch die spontan vor Ort gestellten Fragen, seien zur vollen Zufriedenheit der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission beantwortet worden. Das AföS erledige die ihm übertragenen Aufgaben ausgezeichnet. Die Geschäftsprüfungskommission habe einen sehr guten Eindruck davon gewonnen. Im Namen der Geschäftsprüfungskommission danke er allen Personen des AföS, die sich Zeit genommen haben, um der Geschäftsprüfungskommission diesen Einblick zu ermöglichen. Ein grosses Dankeschön gebühre selbstverständlich auch allen anderen Mitarbeitenden des AföS als auch den Mitarbeitenden aller dem AföS angegliederten Institutionen für ihr tägliches Engagement im Dienste der Stadt Langenthal. Persönlich bedanke er sich bei den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission für ihre Mitarbeit im vergangenen Jahr. Der heutigen Vize-Präsidentin und künftigen Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, Ruth Trachsel, danke er insbesondere für das Verfassen des Protokolls zum Verwaltungsbesuch 2014.

III Abstimmung: keine

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



7. Richtlinien der Regierungstätigkeit 2013 - 2016, Rückblick 2014/Ausblick 2015; Information durch den Stadtpräsidenten

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Wie jedes Jahr nehme er die Gelegenheit gerne wahr, sich einerseits zum abgelaufenen Jahr als auch zum kommenden Jahr zu äussern.

Im Namen des Gemeinderates nehme er die positive Reflektion der Geschäftsprüfungskommission über den Verwaltungsbesuch 2014 erfreut zur Kenntnis.

Bevor er sich zum eigentlichen Thema äussere, stelle er fest, dass Nutzungsreservationen für die Alte Mühle nach den Weihnachtsferien (ab Neujahr) entgegengenommen werden können. Der Entscheid zur Wiedereröffnung der Alten Mühle sei selbstverständlich in Abstimmung mit dem Stiftungsrat gefällt worden.

Alle sechs Abstimmungsvorlagen seien im Sinne der Antragstellungen bewilligt worden.

Im Zusammenhang mit der Budgetabstimmung merke er an, dass der Stadtrat anlässlich der ersten Sitzung im Januar 2015 über das AEA-Projekt informiert werde.

Die Bewilligung des Investitionskredites von Fr. 14,7 Mio. brutto bzw. von Fr. 10,2 Mio. netto zur Sanierung des Stadttheaters sei mit einer Zustimmung von 56% erfolgt, was zeige, dass in Langenthal noch um politische Themen gefightet werden könne.

Die Ausarbeitung von Abstimmungsvorlagen bedinge enorme Vorarbeiten. Im Namen des Gemeinderates bedanke er sich bei den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, welche die Abstimmungsvorlagen schlussendlich vor das Volk bringen. Persönlich danke er seiner Kollegin und den Kollegen des Gemeinderates aber auch all jenen, die sich in Kommissionen, in Begleitgruppen etc. für die Stadt engagieren und politische Mitverantwortung tragen. Wie der Präsident der Geschäftsprüfungskommission im Traktandum Nr. 6, danke auch er den vielen Leuten aller Bereiche für ihre Mitarbeit herzlich.





Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 15. Dezember 2014

Die zur Definierung der Regierungsrichtlinien gewählte Methodik gehe von der Frage der nachhaltigen Entwicklung aus, welche in 32 Nachhaltigkeitsdimensionen unterteilt sei.

Innerhalb der Organisationsstruktur seien 109 Ziele gesetzt worden, woraus 177 Massnahmen und 350 konkrete Umsetzungsvorhaben definiert worden seien.

Über die Systematik werde jeweils im Rahmen der Jahresberichtserstattung rapportiert. Als Gegenstand der Überprüfung auf operativer Ebene werde diese immer in Bezug auf den konkreten Stand der Massnahmen à-jour behalten.

Die frühere Zusammenarbeit mit der externen Firma leolea habe leider nicht funktioniert, weshalb die Integration der Tagesschulangebote in die städtische Verwaltung vollzogen werden musste. Die Umsetzung erfolge ab Schuljahr 2014/2015.

Im Rahmen des vom Stadtrat genehmigten Spielplatzkonzeptes als auch des Rahmenkredites sei der erste Spielplatz (Haldeli) saniert worden. Zurzeit befinde sich der zweite Spielplatz (Rumipark) in Planung.

Der Sozialpreis sei der Seniorenbrügg Langenthal und der Geiser agro.com verliehen worden.

Der Kulturpreis sei an die Langenthaler Chöre (Männerchor Langenthal, Konzertchor Oberaargau, gemischten Chor Langenthal, Frauenchor Langenthal) vergeben worden.

Am 17. November 2014 habe der Stadtrat der Verlängerung des Projektes SIP bis Ende der laufenden Legislaturperiode deutlich zugestimmt.

Die Methode

ZIELBEREICH	NACHHALTIGKEITSDIMENSION		
	Gesellschaft	Wirtschaft	Umwelt
Wohnqualität	Einkommen	Landschaft, Lebens- und Naturraum und Artenvielfalt	
Mobilität	Preise	Energiequalität	
Gesundheit	Existenzsicherung	Energieverbrauch	
Öffentliche Sicherheit	Arbeitsplätze	Klima	
Partizipation	Investitionen	Rohstoffverbrauch	
Kultur	Verursacherprinzip	Wasserhaushalt und Wasserqualität	
Bildung	Innovation	Bodenverbrauch	
Soziale Unterstützung	Wirtschaftsstruktur	Bodenqualität	
Gemeinschaft und Integration	Öffentlicher Haushalt und steuerliche Belastung	Luftqualität	
Chancengerechtigkeit			
Solidarität			
Preisgestaltung			
Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs			
Regionale Zusammenarbeit			

Zur Verdeutlichung der Systematik – Ein Beispiel Thema: Wohnqualität

- Ziel:** Weiterentwicklung der attraktiven Gestaltung des öffentlichen Raums.
- Massnahme:** Sanierung und Umgestaltung Obere Marktgasse (inkl. Beleuchtung).
- Umsetzung:** Ausführung Abschnitt Schulhausstrasse/Farbasse bis Löwenplatz. Abschluss des Projektes und feierliche Übergabe an die Bevölkerung.



Diese Ziele wurden im 2014 erreicht (1/2)

- 6 angenommenestädtischeVorlagen; daneben (als Beispiel):
 - Die Integration der Tagesschulangebote in die städtische Verwaltung wurde vollzogen.
 - Der Kinderspielplatz Haldeli wurde saniert.
 - Eine städtische Anerkennung in Form der Sozial- und Kulturpreise wurde ausgesprochen.
 - Projekt SIP wurde um zwei Jahre verlängert.



Das Projekt Alterszentrum Haslibrunnen stehe nach intensiver Bearbeitung kurz vor der Erstellung einer weiteren Volksabstimmungsvorlage, die im Jahr 2015 zur Abstimmung gelangen werde und im Wesentlichen in einem ersten Schritt die Gründung einer Betriebsaktiengesellschaft beinhalte.

In Langenthal gebe es rund 12'500 Arbeitsplätze. Anfang Dezember sei der zweite Wirtschaftslunch durchgeführt worden, der wiederum gut besucht worden sei.

Die definitive Ansiedlung der Firma 3M EMEA GmbH habe im November gefeiert werden können. Der Name 3M sei bekannt, wogegen EMEA als Abkürzung für den von der 3M neu gegründeten Bereich im Wirtschaftsraum Europe Middle-East Africa stehe.

Ein wichtiges Anliegen des Verkehrsrichtplans seien die vom Gemeinderat definierten, prioritär umzusetzenden Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Bereich von Schulen, Kindergärten und Altersheimen. Im Kreuzfeld sei bereits eine 30er-Zone eingerichtet worden. Die Umsetzung einer 30er-Zone in der Elzmatte befinde sich in Vorbereitung. Auch an der Weiteroptimierung von Veloabstellplätzen im Bereich Bahnhof werde gearbeitet. Die Überprüfung der Fussgängerstreifen sei systematisch erfolgt. Wo nötig, seien die Mängel behoben worden.

Herr Simon Kuert (Forschungstiftung) arbeite mit Unterstützung einer professionellen Firma, die für die Sicherstellung der Registratur verantwortlich sei, momentan an der Triagierung des Archivgutes.

Die Teilrevision der Stadtverfassung sei aufgrund der zahlreichen Abstimmungsprojekte etwas in Terminrückstand geraten. Der Bericht und Antrag zur Vorlage sei vom Gemeinderat bereits verabschiedet worden. Die Traktandierung der Vorlage sei für die Januar-Stadtratssitzung vorgesehen. Wenn die Vorlage bereits in einer ersten Lesung vom Stadtrat genehmigt würde, würde sie dem Stimmvolk bereits im März 2015 vorgelegt. Die Teilrevision der Stadtverfassung bewirke auch notwendige Anpassungen in anderen Reglementen (beispielsweise: Organisationsreglement).

Der Bauabschluss im Schulzentrum K4 habe nicht ganz gemäss der Planung erfolgen können. Der Abschluss sei auf das neue Schuljahr geplant gewesen. Wegen baulichen Voraussetzungen (nachträgliche Wandaufbauten) sei es sinnvoll gewesen, den Abschlusszeitpunkt zu verschieben. Das Schulzentrum K4 sei im Wesentlichen heute aber mittlerweile fertig.

Der Gemeinderat habe bekanntermassen entschieden, das Mühlesilo aus Sicherheitsgründen nicht mehr zu vermieten und ein Evaluationsverfahren zur zukünftigen Nutzung des Hauses durchzuführen. Wegen der Schliessung der Alten Mühle Langenthal sei das Evaluationsverfahren vorerst sistiert worden, um mögliches Synergiepotential zu eruieren. Der am 18. Dezember 2014 stattfindende "runde Tisch" soll auch dazu dienen, das Mühlesilo in die umfassende Thematik der langfristigen Nutzung der alten Mühle Langenthal einzubeziehen, um diesbezügliche Möglichkeiten ausloten.

stadtlangenthal

Diese Ziele wurden im 2014 erreicht (2/2)

- Im Projekt **Alterszentrum Haslibrunnen** wurde intensiv an einer Volksabstimmungsvorlage gearbeitet, welche im 2015 zur Abstimmung gelangt.
- Im Rahmen von **Wirtschaftsförderungsmaßnahmen** wurde die Ansiedlung des Betriebs 3M EMEA GmbH unterstützt.
- **Verkehrsrichtplan**: Definierte Umsetzungsmassnahmen laufen.
- **Stadtarchiv**: Vertrag mit einer für Archivfragen spezialisierten Firma und Beginn der Arbeit.
- **Leitbild Sport und Bewegung** wurde erarbeitet.

stadtlangenthal

Diese Ziele sind noch in Bearbeitung

Als Beispiele:

- **Teilrevision Stadtverfassung**: Behandlung im Stadtrat am 19. Januar 2015; Volksabstimmung im März 2015. Nachfolgearbeiten an städtischen Reglementen.
- **Projekt ict4kids**: Die Arbeiten werden im Jahr 2015 abgeschlossen und der Kredit abgerechnet. Die Überführung in den operativen Betrieb ist angelaufen.
- Evaluationsverfahren zur Nutzung des **Mühlesilo**.
- Die Arbeiten am **Energierichtplan** und dem **Siedlungsrichtplan** laufen.



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 15. Dezember 2014

Ein Bericht über den Ist-Zustand in der Stadt Langenthal betreffend den Siedlungsrichtplan sei erstellt. In einem nächsten Schritt gehe es darum, die Entwicklungsstrategien zu definieren. Kürzlich habe ein Begeleitgruppenanlass zu diesem Thema in der Truppenunterkunft stattgefunden.

Was den Energierichtplan betreffe, so gehe es darum, eine entsprechende Projektorganisation einzusetzen, um die Ausarbeitung des Energierichtplans ebenfalls und parallel mit dem Siedlungsrichtplan vorantreiben zu können. Die Stadt Langenthal hatte das Gefühl, dass es sinnvoll wäre, die Planung nicht nur bis zu den Gemeindegrenzen zu führen. Diese Idee lasse sich aufgrund von anderweitig definierten Priorisierungen der umliegenden Gemeinden aber nicht weiterverfolgen und habe zudem einen kontroversen Presserummel ausgelöst.

Im Namen des Gemeinderates bedanke er sich bei allen für die geleistete Arbeit im ablaufenden Jahr.

Die Abstimmungsvorlagenkadenz des laufenden Jahres werde sich im kommenden Jahr nicht wiederholen, womit im einen oder anderen Bereich die Belastung eher etwas abnehmen werde.

Das intensive Jahr habe gezeigt, dass die politische Ebene wie auch die Verwaltungsebene der Stadt Langenthal durchaus in der Lage sei, sich mit multiplen Problemen auseinandersetzen und diesen erfolgreich zum Durchbruch zu verhelfen.

III Abstimmung: keine

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-





Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 15. Dezember 2014

8. Mitteilungen des Gemeinderates

-

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. Eingereichte Motion Bayard Paul (SP) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2014: Fahrradvermietung am Bahnhof

Motionstext:

"Fahrradvermietung am Bahnhof"

Im Zusammenhang mit der Planung zum ESP Bahnhof wird der Gemeinderat beauftragt, dem Aspekt "Velo-vermietung am Bahnhof" ein besonderes Augenmerk zu schenken.

- *Es soll ein attraktives Zweirad-Angebot (mit und ohne Rückenwind) zur Verfügung stehen.*
- *Die Buchung, die Aus- und Rückgabe der Räder soll vereinfacht werden. Vielleicht müsste auch die Zusammenarbeit mit einer anderen Organisation (nextbike, schweizrollt u.a.) angestrebt werden.*
- *Fahrradtouren in der näheren und weiteren Umgebung von Langenthal sollten - z.B. zusammen mit der Region Oberaargau oder einem anderen, spezialisierten Verein - angeboten und vermarktet werden; Vorbild: Herzroute.*
- *Evtl. könnte man die Fahrräder als Werbeträger für lokale Firmen vermarkten.*

Begründung:

Es gibt zwar ein aktuelles Angebot. Die Situation bezüglich Velovermietung ist für Aussenstehende jedoch unübersichtlich und schwierig zu handhaben. Die Vermietung und Bezahlung erfolgt am SBB-Schalter. Hingegen muss das Rad dann bei der bewachten Velostation bezogen und zurückgegeben werden.

Die Gunst der Stunde, Gesamtplanung ESP Bahnhof, soll optimal genutzt werden."

Paul Bayard und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² *Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.*



10. Schlusswort des Stadtratspräsidenten 2014, Markus Bösiger (FDP)

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP): Da die Beratung der traktandieren Geschäfte schneller erfolgt sei als erwartet, sei der von ihm als Redner für das "Schlusswort des Stadtratspräsidenten 2014" eingeladene Gastreferent noch nicht vor Ort. Er schlage deshalb vor, die Sitzung für eine 5-minütige Pause, bis zum Eintreffen seines Gastes, zu unterbrechen.

(Sitzungsunterbruch: 19.05 – 19.12 Uhr)

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP): Bevor er seinem Gastredner das Wort erteile, danke er seinen Stadtratsbürokolleginnen und -kollegen für die ihm geleistete Unterstützung während seines Präsidialjahres. Frau Gaby Heiniger danke er für ihre professionelle Arbeit in Sachen Protokoll. Mit der Übergabe eines Blumenstrausses danke er seinem juristischen Gewissen, Frau Mirjam Tschumi dafür, ihn zu jeder Zeit und Unzeit bestens unterstützt und beraten zu haben. *(Applaus)*

Weiter danke er den Stadträtinnen und Stadträten, der Gemeinderätin und den Gemeinderäten für ihr Engagement im Interesse der Stadt Langenthal. Den Pressevertretenden danke er für die objektiven Berichterstattungen. Dem treuen Vertreter des Souveräns, Herrn Max Kuert, danke er für seine lückenlose Anwesenheit an den Stadtratssitzungen.

Seiner Amtsnachfolgerin, Helena Morgenthaler, wünsche er alles Gute, viel Freude im Amt als Stadtratspräsidentin 2015. Er habe das Amt des Stadtratspräsidenten selber sehr gerne ausgeübt und es sei ihm eine Ehre gewesen, den Stadtrat präsidieren zu dürfen.

Stadtrats-Vizepräsidentin Helena Morgenthaler (SVP): Mit der selben Akribie und Gründlichkeit wie der Stadtratspräsident Markus Bösiger vermutlich vor Jahren seine Schreinerlehre absolviert, die Matura nachgeholt und sein Innenarchitektur-Studium abgeschlossen habe, habe dieser auch die Stadtratssitzungen vorbereitet. Mit ebenso viel Souveränität, Sachlichkeit und Korrektheit, wie der Stadtrat von der ersten Sitzung an durch die Geschäfte geleitet worden sei, führe Stadtratspräsident Markus Bösiger wahrscheinlich auch seine Mitarbeitenden und Auszubildenden, was ihn für sie zu einem Vorbild mache.

Das vom Stadtratspräsidenten gewählte Präsidialjahr-Thema "Berufsausbildung", habe sich das ganze Jahr wie ein roter Faden durch den Ratsbetrieb gezogen. Nach der Vorstellung des Schreinerberufs an der ersten Stadtratssitzung dieses Jahres, mit drei praktisch an Werkstischen arbeitenden Schreinerlernenden, habe an der August-Sitzung der höchste Schweizer und damit auch der höchste schweizer Schreiner, Herr Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger, über die Berufsbildung vor dem Stadtrat gesprochen. An der heutigen Sitzung werde das Thema nun mit dem Schlusswort eines Verfechters des dualen schweizerischen Bildungssystems, Herrn Dr. H.C. Rudolf Strahm, abgeschlossen.

Künftig werde Markus Bösiger sich an den Stadtratssitzungen wieder etwas zurücklehnen können. Im Namen aller Parlamentsmitglieder, der anwesenden Gästen und der Stadt danke sie Markus Bösiger mit der Übergabe eines Blumenstrausses für dessen grosse Arbeit. Als ein persönliches Präsent von ihr, überreiche sie ihm eine Flasche guten Champagner, mit dem er und seine Frau auf das neue Jahr anstossen können. *(Applaus)*

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP): Für die rhetorischen wie auch für die richtigen Blumen und für den Champagner danke er herzlich.

Sein der "Berufsbildung" gewidmetes Jahresthema habe mit einer handwerklichen Demonstration im Stadtratssaal begonnen und ende mit einen Plädoyer für die "Berufsbildung". Er sei hoch erfreut, das Schlusswort seines Präsidialjahres dem wohl profiliertesten Kenner der Materie, Herrn Dr. H.C. Rudolf Strahm (ehemaliger Nationalrat, ehemaliger schweizerischer Preisüberwacher) übergeben zu dürfen.



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 15. Dezember 2014

Dr. H.C. Rudolf Strahm:

*"Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident
Sehr geehrter Herr Stadtpräsident
Werte Damen und Herren Stadt- und Gemeinderäte*

Es ehrt mich, in diesem ehrwürdigen, historischen Gebäude reden zu dürfen. Es kommt wahrscheinlich nicht so oft vor, dass ein eidgenössischer Vertreter in diesem Haus spricht. Besonders erfreut bin ich, dass der Parlamentspräsident sein Amtsjahr der "Berufsbildung" gewidmet hat. In einer Gross-Stadt wäre dies wahrscheinlich kaum möglich, weil es dazu eine ländliche Elite braucht, die die Berufsbildung noch hoch hält, was nicht überall der Fall ist.



Quelle Foto: <http://www.rudolfstrahm.ch/>

Ich selber habe die Reform der Berufsbildung in den 90er-Jahren als Parlamentarier mitgemacht und mitgestaltet. Ich bin heute noch in der Ausbildung der Berufsberatungspersonen an den Universitäten Bern und Fribourg tätig und weiss in etwa, wie es von der Front her tönt, was die Frage betrifft: "Berufswahl oder Gymnasium oder Berufslehre?". Ich bin auch der Präsident des schweizerischen Verbandes für Weiterbildung.

Als Ökonom - nicht als ein pädagogisch Tätiger - bin ich davon überzeugt, dass die Schweiz auch wegen der Berufslehre reich ist. Diese Meinung ist auch im von mir veröffentlichten Buch: "Warum wir so reich sind" erklärt. Ich möchte das Thema in vier Stationen abhandeln, da es nicht möglich ist, allzu detailliert darauf einzugehen, was aber am heutigen Abend auch nicht nötig ist.

- **Europäischer Arbeitsmarkt:** *Ein Drama für Europa ist - obwohl Europa insgesamt und historisch zu einem Friedenskontinent geworden ist – dass rund 23% der Jugendlichen (unter 25 Jahren) in der Europäischen Union (EU) heute arbeitslos sind. Damit ist im Durchschnitt fast jeder Vierte arbeitslos. In den südeuropäischen Ländern sind es 40 bis sogar über 50%. Man weiss, dass es keine grössere Demütigung für einen jungen Menschen gibt, als das Gefühl zu haben, nicht gebraucht zu werden. Vor allem dann, wenn er eine Ausbildung gemacht hat, oder sogar über eine akademische Ausbildung verfügt und trotzdem nicht gebraucht wird oder allenfalls als Taxichauffeur oder als Hotelportier arbeitet.*

Meistens wird über das Drama der europäische Finanzkrise gesprochen, wogegen über das Drama der Jugendarbeitslosigkeit kaum gesprochen wird. Immerhin hat die Situation dazu geführt, dass sich der europäische Rat auf der Ebene der Ministerpräsidenten und Kanzler mit dem Bildungssystem in Europa befasst hat. Auch in der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) findet ein Umdenken statt, indem die praktische Berufsbildung heute etwas mehr wertgeschätzt wird, als früher.

Eine detaillierte Betrachtung der europäischen Durchschnittszahlen zeigt eine eklatante Kluft zwischen den fünf Ländern, die die Berufslehre kennen und den Ländern, die nur die vollschulischen Ausbildungen kennen. Die Berufslehre ist in Ländern des deutschsprachigen Raums und in dessen Umgebung bekannt. Deutschland, Österreich und die Schweiz inklusive Liechtenstein sind klassische Berufsbildungsländer mit einem dualen Berufsbildungssystem. Auch Dänemark und Holland gehören in gewissen Bereichen dazu. Dass die Länder des deutschen Sprachraums und Umgebung Berufsbildungsländer sind, kommt von den Zünften her. Historisch belegt ist, dass es die Meisterlehre schon im Mittelalter (15., 16. Jahrhundert) in der Frühindustrialisierung gab. Jugendliche – wahrscheinlich meistens Männer – gingen damals in die Lehre zum Meister. Damals gab es noch keinen öffentlichen Verkehr (ÖV), weshalb ein Lernender beim Meister zu Tisch sass. Nach einer drei- oder vierjährigen Ausbildungszeit erhielt ein Lernender, dem das Wissen und die Technologie natürlich nicht via eine Berufsschule, sondern via dem Meister vermittelt wurde, den Gesellenbrief. Im Anschluss an die Ausbildung musste ein Ausgebildeter dann mindestens fünf Jahre lang als Geselle herumwandern.



Ein Überbleibsel aus dieser Zeit sind die Hamburger Zimmermanns-Gesellen, die noch heute in der traditionellen Tracht herumlaufen. Früher durften alle Berufsleute in Europa frühestens 5 Jahre nach dem Erhalt des Gesellenbriefs zurückkehren, um Meister zu werden, um ein Geschäft zu eröffnen und um in die Zunft eintreten und heiraten zu können. Aus diesem System hat sich die duale Berufsbildung im deutschsprachigen Raum entwickelt.

Der Wert des dualen Systems zeigt sich darin, dass in Ländern mit diesem System, die Jugendarbeitslosigkeit 4 bis vielleicht 6% beträgt, wogegen in anderen Ländern eine Jugendarbeitslosigkeit von fast über 20% zu verzeichnen ist. Der Wert der Berufslehre besteht auch darin, dass Jugendliche mit einer etwas einseitigen Begabung, oder die etwas schulmüde sind, oder die vielleicht mehr praktische Intelligenz entwickeln können, einen berufsbefähigenden Berufsabschluss nicht nur via schulische und kognitive Fächer machen können.

Dass eine Kluft zwischen dem dualen und anderen Systemen besteht, zeigt sich europaweit. Auch in der Schweiz – wo diese Kluft nicht so wahrgenommen wird – besteht eine enorm grosse Kluft zwischen der Deutsch- und der Welschschweiz. In der deutschen Schweiz machen 68% der Jugendlichen eine Lehre bevor sie sich anschliessend vielleicht weiterbilden. In der Westschweiz absolvieren die Jugendlichen - je näher der Stadt Genf - immer weniger Berufslehren (in Genf sind es nur noch 22%). Die Westschweiz zahlt diese Entwicklung mit immer höher werdenden Jugendarbeitslosenquoten. Statistisch gesichert ist, dass wer eine Berufslehre hat, das ganze Leben lang einem drei Mal kleineren Risiko unterliegt, arbeitslos oder langzeitarbeitslos zu werden, als jemand, der keine Lehre und keine Ausbildung gemacht hat. In diesem Sinn hat die Berufslehre auch eine grosse Integrationskraft. Ausländischen Jugendlichen oder auch Jugendlichen, denen die deutsche Sprache aufgrund ihrer Herkunft etwas Schwierigkeiten bereitet, die aber über eine praktische Intelligenz - auch im räumlichen Vorstellungsvermögen – verfügen, ist es damit möglich, ein Handwerk oder einen praktischen Beruf zu erlernen. Allen die dazu beitragen, gebührt grosser Dank. Wer Jugendliche ausbildet und wer Jugendliche durch die Lehre, zu einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis oder zu einem eidgenössischen Attest führt, vermindert die Sozialquote (soziale Belastung) in der Schweiz. Ich finde die Ausbildungsbetriebe top. Ausserdem stellt das Ausbildungsplatzangebot diesen Firmen ein Gütezeichen aus.

- *Wirtschaftskraft der europäischen Länder: Die Berufsbildungsländer sind eigentlich die reichsten und konkurrenzfähigsten Länder, die trotz hoher Lohnkosten und hohen Preisen mit Präzisions-, Nischen- und Spezialitätenprodukten auf dem Weltmarkt bestehen können. Deutschland ist Exportweltmeister. Die Schweiz (10 Mal kleiner als Deutschland) als Hochlohn- und Hochpreisland ist – gemäss der Berechnung der Industrieproduktion pro Kopf der Bevölkerung – praktisch weltweit an der Spitze und vor den Deutschen, den Schweden und den Amerikanern platziert, was die industrielle Wertschöpfung pro Kopf der Beschäftigten betrifft. Die Schweiz ist auch an der Spitze der Exporte pro Kopf, womit die Schweiz eigentlich Exportweltmeisterin wäre, was aufgrund ihrer Grösse aber nicht so wahrgenommen wird. Die Schweiz ist auch gemäss dem "European Innovation Scoreboard" (Sammelindex von Innovationsindikatoren wie Patenten, neuen Produkten; von Prozessen etc.) an der Spitze und dies, obwohl in der Schweiz weniger Akademiker und auf akademischem Niveau Ausgebildete beschäftigt sind, als in anderen Ländern. Ein Paradox ist, dass die Schweiz, was die Innovation betrifft, an der Spitze ist, was aber die Akademikerquote betrifft, weltweit nur den 35. Platz belegt. Die Erklärung liegt darin, dass es zwar Innovationen, Patente, Ingenieure etc. braucht, dass es aber auch Leute braucht, die fähig sind (präzise, exakt, termintreu, verlässlich etc) zu arbeiten, um alles umsetzen zu können. Hochlohnländer können in Zukunft nur so existieren.*

In Südeuropa, wo es die Berufslehre nicht gibt, beträgt die Maturitätsquote zum Teil über 50%. In der Schweiz beträgt die gymnasiale Maturitätsquote zirka 20% und die berufliche Maturitätsquote 12%. In Frankreich machen 51% und in Italien 75% der Jugendlichen einen maturitätsähnlichen Abschluss, wobei diejenigen, die trotz des Abschlusses an den Hochschulen nicht weiterkommen, zwischen Stuhl und Bank landen und sich allenfalls als Taxichauffeure oder Hotelportiers beschäftigen müssen. Diese Länder befinden sich in einer Akademisierungsfalle.



Vor zwanzig Jahren haben Länder wie Italien, Spanien, Portugal die Industrie (Bekleidung, Haushaltgeräte- und Artikel etc.) so ziemlich beherrscht, was heute aufgrund der Abwanderung nach Ostasien nicht mehr der Fall ist. Diese Länder sind im Vergleich mit den Berufsbildungsländern und den skandinavischen Staaten nicht in der Lage gewesen, sich zu Spezialitätenproduzenten und Produzenten von Hochpreisprodukten zu entwickeln. Der wirtschaftliche Performancevergleich spricht also eindeutig für die Berufsbildung. Auch in Amerika wird über die Stärke der Berufsbildung wieder diskutiert.

- *Schweizerisches Berufsbildungssystem: In der Schweiz besteht ein Kampf um Bildungsplätze im Anschluss an die obligatorische Schulzeit, an das Gymnasium oder an die Lehre. Der Kampf ist in Städten grösser, als in ländlichen Gebieten. Im Kanton Zürich ist der Kampf am grössten. Dort gibt es zahlreiche so genannte Kampfeltern, die mit Hilfe von Rechtsanwälten Prozesse führen, um möglichst gute Noten für ihre Kinder zu erstreiten, damit diese in das Gymnasium übertreten können. Im Kanton Zürich müssen die Noten von allen Lehrern dokumentiert und rekursfähig gestaltet werden. Soweit ist der Kanton Bern glücklicherweise noch nicht.*

Mit dem heute verfügbaren "durchlässigen System", ist die Berufslehre anders geworden. Ich habe den Reformprozess der Berufsbildungsgesetzgebung für die Fachhochschulen mitverfolgt. Im heute durchlässigen System gilt das Motto: «Kein Abschluss ohne Anschluss!». Jeder Abschluss ermöglicht damit auch ein Weiterkommen. Wer beispielsweise nicht das Gymnasium, sondern eine Berufslehre absolviert, hat die Möglichkeit, mit der Berufsmaturität an die Fachhochschule oder mit einer Passerelle sogar an die Universität zu gehen. Auch wer eine Berufslehre absolviert hat, ohne die Möglichkeit der Berufsmatur genutzt zu haben oder zu nutzen, kann eine so genannte höhere Berufsbildung an einer höheren Fachschule absolvieren und damit eine höhere Berufsprüfung oder eine höhere eidgenössische Fachprüfung (vormals: Meisterprüfungen/Polierprüfungen) abschliessen. Interessant ist, dass Absolventen dieser Ausbildungen auf dem Arbeitsmarkt begehrt sind, als Akademiker. Heute gibt es 500 verschiedene Abschlüsse. Zum Teil sind die Abschlüsse von Verbänden organisiert. Zum Teil sind sie von privaten Schulen, die von Kantonen und Bund mitfinanziert werden, organisiert. Damit wird Jugendlichen oder jüngeren Arbeitnehmenden ermöglicht, auch später noch eine Nachholbildung von zwei drei Jahren machen zu können. Diese meistens berufsbegleitenden Ausbildungen sind teuer, bringen aber Leute hervor, die in der KMU-Wirtschaft heute eigentlich die tragenden Figuren sind.

An den Hochschulen (ETH, Uni, Fachhochschulen) werden etwa 28'000 Personen pro Jahr ausgebildet. In der höheren Berufsbildung werden etwa 27'000 Personen pro Jahr ausgebildet. Diese 27'000 Personen sind die tragenden Figuren in den heutigen Kadern über die - meiner Ansicht nach - vor allem der Technologie-Transfer läuft. Beispiel: Zwei Wochen lang wurde im Parlament über die Energiewende gesprochen. Bekannt ist, dass in den nächsten 20 Jahren etwa 3 Millionen Gebäude energetisch saniert werden müssen. Früher montierte ein gelernter Heizungsmonteur oder Spengler eine Heizung. Heute ist dazu Wissen in Sensortechnik oder Wärmepumpentechnik oder Solartechnik oder Gebäudeautomation nötig. Diese Techniken müssen in den nächsten 20 Jahren automatisiert und informatisiert werden. Das Wissen wird von Leuten mit höheren Berufsbildungen vermittelt. Auch im Alter von 30 Jahren können Fähigkeiten über Technologien erlernt werden, die es vor 10 Jahren nicht gegeben hat. Im kaufmännischen Bereich gibt es zahlreiche Weiterbildungen in Bezug auf das Rechnungslegungssystem, auf international accounting Standards, auf Controlling, Rechnungsprüfer, Wirtschaftsprüfer, technischer Kaufmann, etc. Dieses Wissen ist einerseits bei Leuten, die das Handwerk von der Pike auf kennen und sich andererseits auch das Business noch angeeignet haben.

Das Berufsbildungssystem, vor allem die höhere Berufsbildung, ist heute ein tragendes Element in der schweizerischen Bildungspolitik, welches allerdings den einen Mangel hat, dass es 500 Diplombezeichnungen gibt, ohne einen übergeordneten Titel dafür zu haben. Das Parlament diskutierte deshalb, diese Professional Bachelors oder Professional Masters zu nennen.



- Fachkräftemangel in der Schweiz: Vor allem seit der Februarabstimmung ist der Fachkräftemangel zum Zauberwort geworden. Der Begriff wird missbraucht bzw. missverständlich verstanden, indem er so ausgelegt wird, dass es mehr Akademiker brauche. Aus statistischer Sicht besteht aber kein Akademikermangel, sondern ein Mangel an Ärzten. Dieser Mangel ist hausgemacht und durch den Numerus Clausus bedingt. Letztes Jahr meldeten sich 4'000 schweizer Maturanden für das Arztstudium, aber nur 1'100 erhielten einen Studienplatz. Demnach kann nur jeder Dritte Arzt studieren. Im Gegenzug dazu wurden aber 1'200 Ärzte aus dem Ausland importiert. Beim Pflegepersonal verhält es sich ähnlich. Ein Mangel an Pflegepersonal besteht effektiv, weil die Spitäler eine 10-jährige Ausbildungslücke aufweisen. Im Durchschnitt sind nur 3'500 Leute (früher Krankenschwestern, heute FAGE/FABE [Fachangestellte Gesundheit oder Betreuung] ausgebildet worden, obwohl es eigentlich doppelt so viele brauchen würde. Diese Lücke wird nun mitgeschleppt. Dank der Personenfreizügigkeit wurden einfach Leute aus dem Ausland rekrutiert, womit das Probleme zwar gelöst ist, wodurch aber auch die Bildungslücke zuge deckt wurde. Ein Mangel ist auch beim MINT-Personal (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) zu verzeichnen. Ohne das Gymnasialsystem kritisieren zu wollen, ist auch dieser Mangel zum Teil durch die Sprachlastigkeit an den Gymnasien hausgemacht. Auch im Kanton Bern brauche es, um ans Gymnasium zu kommen, mehr Sprachnoten als mathematische Noten. Es gibt aber seit jeher Jugendliche - vor allem männliche - die einseitig begabt sind (eher mathematisch als sprachlich) und das Zeug dazu hätten, ein Ingenieurstudium zu absolvieren, die aber, wenn sie in Fremdsprachen nicht stark sind, nicht einmal an das Gymnasium kommen. Die Einseitigkeit des gymnasialen Zugangs ist auch hausgemacht. Eine Folge last daraus ist eine einseitige Auslastung an den Universitäten. Es gibt zu wenig Leute, die Mathematik-, Informatik- und Ingenieurwesen studieren, wogegen viel zu viele Leute - mehr als der Arbeitsmarkt braucht - Geistes- und Sozialwissenschaften studieren. Derzeit studieren 9'400 Personen an den schweizer Universitäten im Hauptfach Psychologie, 4'500 im Hauptfach Kommunikationswissenschaften, 4'500 im Hauptfach Politologie 4'200 im Hauptfach Historik. Obwohl diese Fächer natürlich interessant sind, werden diese Leute zum Teil nach dem Studium das eine oder andere Praktikum machen müssen, was aufgrund des bestehenden Steuerungsproblems - auch im Bildungswesen - nicht unproblematisch ist. Die Schweiz verfügt über ein gutes Bildungswesen. Die neue Personenfreizügigkeit zeigt aber die Einseitigkeit des Bildungswesens auf, da Leute im Ausland rekrutiert werden müssen.

Ich plädiere nicht etwa für weniger Gymnasien, aber für eine bessere Steuerung! Es braucht vielleicht auch eine bessere Steuerung für den Zugang zu Gymnasien. Im Kanton Aargau wurde beispielsweise die Nawimat (Naturwissenschaftlich-mathematische Maturität) eingeführt. Dadurch wird es Jugendlichen (meist männlichen) möglich, an die ETH zu gehen und Ingenieur zu studieren, obwohl sie vielleicht mit der französischen Sprache etwas auf Kriegsfuss stehen.

Ich glaube, dass etwas mehr Steuerung durch den Bund erforderlich ist. Ich würde wahrscheinlich fast exkommuniziert, wenn ich heute auf Langenthaler Boden etwas kritisches über den Langenthaler Bundesrat sagen würde, obschon im neu zusammengeführten Bildungs- und Wirtschaftsdepartement noch einiger und wesentlicher Handlungs- und Entscheidbedarf besteht.

Mir ist wichtig, dass auch die ländliche Elite noch weiss, was Berufsbildung ist und dass die ländliche Elite die Berufsbildung nicht nur stützt, sondern dieser auch ein gewisses Prestige verleiht, wozu ein gewisses Selbstvertrauen - auch von Seiten der Berufsbildungszene - nötig ist. Obwohl mehrere Bildungssysteme vorhanden sein müssen, bildet die Berufslehre den Kern des schweizerischen Wohlstandes. Immer wieder ist von den Banken die Rede. Im Ausland gelten die Schweizer als reich, wegen den Banken. Banken sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie sind noch mit 6 - 7% am Bruttoinlandprodukt beteiligt. Die Versicherungen zirka mit 4%. Wenn es nicht 230 qualifizierende Berufe geben würde und wenn es die Trägerschaft des Gewerbes und der KMU-Wirtschaft (worin immer noch 2/3 der Beschäftigten arbeiten) dafür nicht geben würde, dann gäbe es den Reichtum in der Schweiz nicht!

Ich danke euch herzlich für die mir geschenkte Aufmerksamkeit sowie für die von euch geleistete demokratische Arbeit und wünsche allen ein frohes Jahresabschlussessen im Anschluss an die heutige Sitzung."
(Applaus)



Stadtrat

Protokoll der 9. Sitzung von Montag, 15. Dezember 2014

Stadratspräsident Markus Bösiger (FDP): Mit der Anmerkung, dass allfällig offene Fragen zum Thema Berufsbildung am heutigen Abend hoffentlich geklärt werden konnten und mit besten Wünschen für die kommenden Festtage, erkläre er sein Präsidialjahr als beendet und die letzte Stadtratssitzung des Jahres 2014 als geschlossen. *(Applaus)*



Dekoration: Blumen Schenk, Langenthal

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-